



Die Preußenklage vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 24. Juli. Vor dem Staatsgerichtshof begann gestern vormittag 11 Uhr die Verhandlung über den von den vormaligen preußischen Staatsministern gegen die deutsche Reichsregierung gestellten, von der Zentrum- und der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags unterstützten Antrag: eine einstweilige Verfügung zu erlassen, durch die dem von der Reichsregierung eingesetzten Reichskommissar auferlegt werden soll, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Durch diese einstweilige Verfügung soll die öffentliche Verwaltung in Preußen eine vorläufige Regelung finden, bis über die Klage der ehemaligen preußischen Regierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vom Staatsgerichtshof entschieden ist.

Die Verhandlung findet im Vollstuhlsaal statt. Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke. Als Beisitzer sind die Reichsgerichtsräte Triebel, Schmitz (Berichterstatter) und Dr. Schwalb, sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. v. Müller (Berlin), Dr. Gumbel (München) und Dr. Striegler (Dresden) tätig. Die Klage wird von Ministerialdirektor im Wartestand, Dr. Badt und Ministerialdirektor Dr. Brecht, sowie von Professor Dr. Giese (Frankfurt a. M.) vertreten. Für die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags ist Professor Dr. Peters (Berlin) und für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Professor Dr. Hermann Heller (Frankfurt a. M.) erschienen. Das Reich wird durch den Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Gotthelmer, vertreten. Als Zuhörer haben sich neben zahlreichen Pressevertretern auch aus dem Reich, vor allem politisch interessierte Persönlichkeiten und namhafte Staatsrechtslehrer eingefunden.

Der Vorsitzende richtete zu Beginn der Verhandlung an die Zuhörer die Bitte, alles zu vermeiden, was zu einer Störung der Verhandlung führen könnte.

Den Bericht erstattete Reichsgerichtsrat Schmitz. Der preußische Antrag stehe selbstverständlich in Zusammenhang mit einem zur Hauptsache gestellten Antrag, der dahin gehe, daß die Einsetzung eines Reichskommissars mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe.

Die Einsetzung sei zu Unrecht auf den Artikel 48 der Reichsverfassung begründet worden, weil einmal von einer Nichterfüllung der Preußen nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht die Rede sein könne und sodann weil weder die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört oder gefährdet worden sei, noch auch die Maßnahmen des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit erforderlich waren. Dabei sei zu beachten, ob wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingeschritten worden sei. Es sei zu bedenken, daß auch ein Reichskommissar andere als die bisher angewandten Mittel nicht zur Verfügung habe. Wenn man auch annehme, daß die Sicherheit und Ordnung in Preußen nach Lage der Verhältnisse erheblich gefährdet oder gefährdet sei, so trage dazu jedenfalls die Tatsache nicht bei, daß zur Zeit in Preußen eine geschäftsführende Regierung im Amt sei. Auch Artikel 17 der Reichsverfassung stehe dem nicht entgegen. Endlich werde von der Antragstellerin vorgetragen, daß auch die Finanzlage Preußens die Bestellung eines Reichskommissars nicht rechtfertigen könne. Die von dem Reichskommissar vorgenommenen Regierungsmaßnahmen hätten keinen Anspruch auf rechtliche Beachtung. Da es unter diesen Umständen unangänglich sein würde, daß widersprechende Anordnungen ergehen, sei eine ordnungsmäßige Verwaltung nicht mehr möglich. Die schweren Folgen könnten nur dadurch verhütet werden, daß der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung im Sinn des Antrags treffe. Zum Schluß erklärte der Berichterstatter, daß eine schriftliche Erklärung des Antraggegners bisher nicht eingegangen sei und daß die Darstellung des Standpunktes des Reichs daher dessen Vertreter in der Verhandlung selbst vorbehalten bleiben müsse.

Der Vorsitzende Dr. Bumke betonte, daß die Telegramme der bayerischen und der badischen Staatsregierung an den Staatsgerichtshof nicht bezweckten, der preußischen Klage ohne weiteres beizutreten, sondern sie enthielten den Wunsch, daß der Staatsgerichtshof gewisse grundsätzliche Fragen, die durch das Vorgehen der Reichsregierung akut geworden seien, entscheide.

Die Telegramme seien insofern für den weiteren Verlauf der Verhandlung vielleicht nicht ohne Bedeutung, als hier nun gewisse Fragen ganz konkret zur Sprache kommen werden, die für die Auswirkung der Verordnung des Reichspräsidenten bedeutungsvoll sein können. Dazu gehöre die Frage, ob die Reichsregierung, unbeschadet ihres grundsätzlichen Rechtes zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern, befugt ist, Landesminister ihrer Ministerienhaftigkeit endgültig zu entlassen, Landesminister zu ernennen,

Tagespiegel

Von dem Kundgebungsverbot sind ausgenommen worden alle religiösen, gesellschaftlichen und sonstige Anlässe wie Zeichenbegänge, Kinderfeste usw., soweit sie nicht politischer Art sind.

In seinem Schlusswort und als Antwort auf die Forderung des deutschen Botschafters Adolphy für Gleichberechtigung Deutschlands sagte Herriot: Wenn die Sicherheit (Frankreichs) nach dem Geist des Völkerbundsvertrags und dessen Vorschriften geschaffen und eine internationale Organisation eingeleitet wird, die jedem seine Sicherheit gewährleistet und jedem die gleichen Pflichten auferlegt, wird die Frage der Gleichberechtigung „weitgehend erleichtert“ sein. — Also eh nicht die ganze Welt den jetzigen Bestand Frankreichs und seiner Vasallen verbürgt, gibt es keine Gleichberechtigung.

Die Londoner „Times“ schreibt, alle Welt müsse über den Abschluß der Abrüstungskonferenz enttäuscht sein, die nach fünfjährigen Vorbereitungen in einer Arbeit von fünf Monaten nicht mehr zustande gebracht habe als wieder ein „Programm“. Es sei ganz unmöglich, daß Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien, wie es die Entschleunigung tatsächlich tue, zu einer „besonderen Klasse“ von Staaten gerechnet werden.

Auf den schweren Zusammenstoß zwischen Italienern und Franzosen in der Internationalen Union in Genf hat der Generalsekretär des Völkerbunds der Union mitgeteilt, daß ihr das Völkerbundsamt für ihre Sitzungen entzogen werde, wenn der Streit nicht geächtet werde. Die Italiener verlangen den Ausschluss des französischen Abgeordneten Renaudel. — Die Herren Abgeordneten waren mit den Käufen auseinander losgegangen.

einen Reichskommissar zum Verzicht der Landesregierung zu ernennen, das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten dem Reichskommissar zu übertragen oder Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für das Land zu ernennen. Der Vorsitzende erklärte, er habe auf diese Telegramme nichts tun können als auf die Vorschriften der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes zu verweisen und anheimzuführen, einen Antrag einzureichen, dere diesen Vorschriften entspricht.

Nun entspann sich eine längere Erörterung über die Frage, ob der Staatsgerichtshof überhaupt in der Lage sei, einstweilige Verfügungen zu erlassen. Hierzu erklärte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, es sei bekannt, daß der Staatsgerichtshof dieses Recht bereits in zwei Fällen für sich in Anspruch genommen habe, daß aber gerade die preußische Staatsregierung es gewesen sei, die dem Staatsgerichtshof dieses Recht früher abgesprochen habe. Ministerialdirektor Dr. Brecht wies demgegenüber darauf hin, daß die preußische Staatsregierung selbstverständlich auch zu ihren Gunsten von der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes Gebrauch machen könne. Der Antrag sei im vorliegenden Fall gerechtfertigt, weil die Entscheidung des Staatsgerichtshofes keinen Aufschub dulde.

Nachdem von den beiden Staatsrechtslehrern Professor Dr. Peters und Müller nachgewiesen worden war, daß auch in der fachwissenschaftlichen Literatur überwiegend das Recht des Staatsgerichtshofes auf Erlass einstweiliger Verfügungen anerkannt wird, begründeten sie die Akzeptation der von ihnen vertretenen Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Dr. Brecht brachte darauf folgenden neuen Antrag ein: Der Staatsgerichtshof wolle durch einstweilige Verfügung bestimmen: 1. daß der Reichskommissar sich nicht als preußischer Ministerpräsident oder preußischer Staatsminister oder Mitglied der preußischen Landesregierung bezeichnen dürfe, 2. daß er den preußischen Ministern nicht die Eigenschaft Staatsminister abprechen dürfe, 3. daß er und seine Vertreter nicht ohne Vollmacht der Staatsminister Preußen im Reichsrat vertreten oder den Mitgliedern der preußischen Staatsregierung das Recht zur Vertretung Preußens im Reichsrat und zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten entziehen dürfe, 4. daß Beamtenernennungen und Abhebungen mit dauernder Wirkung nicht vorgenommen werden können.

Präsident Dr. Bumke bemerkte, durch diesen Antrag werde dem Staatsgerichtshof eine Aufgabe von noch nicht zu überschätzender Tragweite gestellt. Die Entscheidung könne nicht überstürzt werden, sie werde daher voraussichtlich nicht vor Montag zu erwarten sein.

In längeren Ausführungen begründete Dr. Brecht sodann den Antrag. Es sei unzutreffend, daß das Land Preußen die ihm auf Grund der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Was die beiden vom Reichskanzler erwähnten Einzelbeispiele betreffen, daß ein hoher Beamter den Kommunisten Ratschläge gegeben habe, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, und weiter, daß ein Polizeipräsident geäußert habe, man wolle die Kreise der Kommunisten nicht stören, so sei die preußische Staats-

regierung bis heute noch nicht über die Personen und näheren Umstände unterrichtet. Selbst wenn aber die Vorgänge stattgefunden hätten, so würden diese Äußerungen nicht eine Pflichtverletzung des Landes Preußen bedeuten. Ganz unhaltbar sei die Absehung der übrigen Minister mit der Begründung, sie hätten einer Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung keine Folge geleistet. Die Ablehnung sei erfolgt, weil die Einladung vom Reichskanzler als Ministerpräsident ausging. Die preußischen Minister hätten es niemals abgelehnt, zu einer Beratung mit dem Reichskanzler oder dem Reichskommissar zu kommen.

Ministerialdirektor Dr. Badt überreichte ein Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Anshütz, der sich auf den Standpunkt der preußischen Regierung stelle.

Schutzhaft gegen Major Anker und Breuer

Berlin, 24. Juli. Der Militärbefehlshaber von Groß-Berlin und Brandenburg hat gegen die Reichsbannerführer Major a. D. Anker und Robert Breuer Schutzhaftbefehl erlassen. Die beiden Genannten sind dringend verdächtig, in der Versammlung der Eisernen Front am 20. Juli 1932 die Reichsregierung und die Träger der vollziehenden Gewalt beschimpft und die Eisernen Front zur Ungeheuerlichkeit aufgefordert zu haben. Dadurch haben sie die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet. Gegen die Genannten wird wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten und des Militärbefehlshabers vom 20. Juli 1932 bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige erlassen.

Breuer wurde verhaftet, Anker ist nach Darmstadt geschickt, wo er nicht festgenommen werden kann, da noch kein richterlicher Haftbefehl vorliegt.

Der Militärbefehlshaber teilt mit:

Aus Kreisen der Schutzpolizei war dem Militärbefehlshaber am 21. Juli 1932 dienstlich gemeldet worden, daß der Polizeimajor Encke im Einvernehmen mit Polizeikommandeur Heimannsberg und Carlberg die Wiedereinführung Heimannsbergs in sein bisheriges Amt auf geschwindigen Weg betreibe. Auf Grund dieser Anzeige wurden die drei Genannten am frühen Morgen des 22. Juli in Schutzhaft genommen. Die Ermittlungen gegen Encke geben Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung. Er verbleibt in Schutzhaft. Heimannsberg konnte die Teilnahme an den Bestrebungen Enckes nicht nachgewiesen werden, der gegen Carlberg bestehende Verdacht hat sich nicht ausreichend bestätigt. Die beiden Letzgenannten wurden aus der Schutzhaft entlassen.

Die Personalveränderungen in Preußen

Berlin, 24. Juli. Das Staatsministerium hat die durch Absehung der bisherigen Inhaber erledigten Stellen eines Staatssekretärs, eines Ministerialdirektors, dreier Oberpräsidenten, von fünf Präsidenten und dreizehn Polizeipräsidenten bzw. Polizeidirektoren durch kommissarische Beauftragung neuer Beamten besetzt.

Ministerialdirektor Dr. Brecht wird unter Entziehung von allen Dienstgeschäften vorläufig bearbeitet und Polizeipräsident Orzeszinski (Berlin) in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Neue Nachrichten

Zur Reichstagswahl

Berlin, 24. Juli. Die Deutschnationale Reichsliste bezeichnet an den ersten Stellen folgende Namen: Dr. Hugenberg, Frau Müller-Ottfried, Prof. Dr. Spahn, Dr. Duag, v. Nestorf, Graf Thüringen, Frau Annagrete Leemann, Dr. Wienbeck, Staatsminister a. D. Hergt, Logemann, Dr. Oberfohren, Fraktionsführer der bisherigen Reichstagsfraktion.

Beleidigungsklage Dr. Helds

München, 24. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat gegen den nationalsozialistischen Gauleiter Dr. Wagner Beleidigungsklage erhoben, da er sich durch ein Wahlplakat der NSDAP. beschimpft fühle.

Blutiger Zusammenstoß

Bunzlau (Schlesien), 24. Juli. Bei der Rückfahrt von einer Hilerkundgebung in Liegnitz wurden Nationalsozialisten aus Lauban in Bunzlau spät abends von Kommunisten und Reichsbannerleuten angegriffen. Es kam zu einem Kampf, in dem ein Reichsbannermann getötet und mehrere Kommunisten und Nationalsozialisten verletzt wurden.

Zeitungsverbot

Riel, 24. Juli. Der neue Oberpräsident hat die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wegen Verächtlichmachung des Richterstands auf 4 Tage verboten.



Schluss des ersten Tagungsabschnittes der Abrüstungskonferenz

Genf, 24. Juli. Der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz wurde gestern vormittag vom Hauptauschuss mit der Annahme der Entschliessung abgeschlossen. Gegen die Entschliessung stimmten Deutschland und Sowjetrußland, acht Staaten enthielten sich der Stimme. Für die Entschliessung wurden 41 Stimmen abgegeben, zahlreiche Abordnungen aber erklärten, daß sie sie nur unter Vorbehalten annehmen.

Rückwanderung nach Ostpreußen

ep. Wie Freiherr von Gansl, der gegenwärtige Reichsinnenminister, kürzlich in der Zeitschrift „Der Ostfiedler“ mitteilte, ist in Ostpreußen der durch die Binnenwanderung hervorgerufene Wanderungsverlust neuerdings in einen Wanderungsgewinn umgeschlagen. Die bis zum Jahr 1929 währende starke jährliche Abwanderung ist infolge des Niedergangs der industriellen Konjunktur zum Stillstand gekommen. Nachdem das Jahr 1930 noch einen Wanderungsverlust von 4119 Menschen gebracht hatte, ist für die Monate Januar bis September 1931 ein Wanderungsgewinn von 2611 Menschen zu verzeichnen. Diese Bewegung hat angehalten. Von besonderer Bedeutung ist der Bevölkerungsaustausch zwischen Ostpreußen und Rheinland-Westfalen. Vom 1. Januar bis 30. September 1931 gab Ostpreußen in die beiden Westprovinzen 3498 Menschen ab und empfing von dort 7409 Menschen; es hatte also einen Gewinn von 3911 Menschen. In der Zeit vom 1. Januar 1930 bis zum 30. September wanderten 11 776 Ostpreußen nach Rheinland-Westfalen; der Gewinn Ostpreußens in diesem Zeitabschnitt beträgt also 4579. Die Rückwanderer haben in der Hauptsache bei Verwandten auf dem Land Unterkunft gefunden; sie werden jedoch mit deren Hilfe über kurz oder lang sesshaft zu machen sein.

Hugenberg in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juli. Von Karlsruhe kommend sprach am Freitagabend in der Stadthalle vor etwa 6000 Zuhörern der deutschnationale Parteiführer Geheimrat Dr. Hugenberg, der zunächst des heutigen 60. Geburtstages des vor neun Jahren verstorbenen Karl Heiserich gedachte und dann an Hand von 19 Thesen programmatische Ausführungen über das deutschnationale Wirtschaftsprogramm machte. Das Programm enthält folgende Punkte.

Die Rückwirkungen des Krieges sind nur eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise und zugleich der deutschen Krise. Auch die Kriegszerstörungen, wie die im Krieg erfolgte Industrialisierung früherer Rohstoffländer sind keine ausreichende Erklärung für die Dauer der Wirtschaftskrise, die Erklärung liegt vielmehr im Aufbau und der Aufrechterhaltung unerfüllbarer und daher unsinniger internationaler Tribute und Schuldverpflichtungen von Volk zu Volk. Kapitalisierung kann nur auf der Grundlage einer ganz falschen Auffassung der Begriffe Wirtschaft, Staat und Volk entstehen. Es gibt in Wirklichkeit kein „internationales Kapital“. Ebensovornig gibt es ein internationales Proletariat. Kapital ist vielmehr das Werkzeug der nationalen Wirtschaft. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist ein politischer Konstruktionsfehler. Internationale Pflanzschulen zwischen hochwertigen Völkern zerstören die Wirtschaft und die Märkte aller Gläubiger- und Schuldnerländer, erzeugen immer wieder Arbeitslosigkeit und werden schließlich selbst wertlos. Nur schleunigster Abbau der internationalen Fesseln kann die Kräfte zum Wiederaufbau frei machen. Diese Kräfte erwachen nur in den nationalen Volkswirtschaften der hochwertigen Völker.

Große Verantwortung trägt hier Deutschland, denn es wurde nach dem Krieg zum größten Schuldner der Welt. Die Erfüllungspolitik war nicht nur ein Verbrechen am eigenen Volk, sondern auch gegen das Interesse der ganzen indogermanischen Welt gerichtet. Deutschland hat auch deshalb die größte Verantwortung, weil es lange Zeit der geistige Mittelpunkt sozialistischer Gedankengänge war. Von Deutschland muß auch die Neuordnung ihren Ausgang nehmen. Diese ist nationalistisch; alle hochwertigen Völker müssen nationalistisch sein. Diese neue Lehre ist innerhalb des einzelnen Volks urbarisch, urgermanisch, friedliebend und doch waffenstark. Sie verzichtet nicht auf Organisation; die Organisation ist die Grundlage, geht aber vom Politischen, nicht aber vom Wirtschaftlichen aus. Wirtschaft ist des Menschen und des Volks wegen da und nicht umgekehrt. Daher sind Volk und Staat, Kirche und Familie souverän, nicht aber die Wirtschaft. Jeder wirkliche Sozialist ist heute antisozial.

Verrat an Woltmann

Von G. Panstingl.

Copyright 1932, by Dr. G. Panstingl, The Hague, Holland.

46. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Ueberhaupt schien er nicht alle Geschäfte über die „Continental Kommerzbank“ laufen zu lassen; denn manchmal zahlten andere Banken unerwartete Gelder auf das Konto Bernoffs ein, welche aus Geschäften herrührten, die jener direkt abgeschlossen hatte. Von der „Bank für den Diamantenhandel“ kamen einmal 800 000 Gulden, und eine englische Bank bezahlte eine Schiffsladung Kaffee. Bernoff arbeitete also auf mehreren Linien.

Wie verzweigt seine Verbindungen waren, hätte nur der feststellen können, der ihn am Abend beobachtete, wenn er zu Hause seine Briefe und Akten durchging. Er arbeitete manchmal bis ein Uhr nachts. Zweimal im Monat wurde es noch später. Da bekam er stets pünktlich einen dicken Eilbrief, der ein ganzes Altenbündel enthielt. Die Absenderin war die Wiener Zweiganstalt einer weltbekannten Austunftei.

Der Brief kam auf einem besonderen Umweg. Die Austunftei sandte ihn an eine Bank in Luzern. Von dort ging er nach Brüssel an einen Effektenmakler, und der sandte ihn erst nach Amsterdam.

Der Inhalt teilte sich stets in mehrere Teile. Jeder Teil war in einem blauen Umschlag eingeschlossen. Auf dem einen stand:

„Vertraulicher halbmonatlicher Bericht über das Bankhaus K. Hasenauer's Nachfolger, Wien 1, Neutorgasse.“

Auf dem anderen stand:

Der Freihandel nützt heute niemand mehr. Deutschland braucht eine unabhängige Währung. Außerhalb der selbständigen nationalen Wirtschaft gibt es keine sichere Ordnung. Die Weltmärkte sind kein Sammelbecken, sondern nur die Summe der nationalen Märkte. Der innere Markt muß wirksam geschützt werden.

Nicht nur die Tribute und die Kriegsschulden müssen verschwinden, sondern auch die aus den Tributen entstandenen unerfüllbaren privaten Verpflichtungen, besonders der privaten 20 Milliarden Schulden Deutschlands. Hierüber muß mit dem Ausland folgender Afford abgeschlossen werden: a) Aufrechterhaltung des Nennbetrags des Kapitals, b) Herabsetzung der Zinsen auf 2 v. H., c) Unkündbarkeit des Kapitals, d) Jahrestilgung von etwa 3 v. H. Ein solcher Afford ist nur durchführbar, wenn er analog auch auf die festgefrorenen inländischen Kredite angewandt wird. Ueber diesen letzten Punkt will Dr. Hugenberg in Viegeln nähere Ausführungen machen. Wie Dr. Hugenberg weiter ausführte, braucht niemand vor dem neuen Wirtschaftsreich Angst zu haben; nur vor dem Chaos, das aus Massenwahn und Unklarheit entsteht, habe man sich zu fürchten.

Zu den Vorgängen im Reich erklärte der Redner, daß es doch etwas Großes sei, daß die Mächte, die bisher Deutschland regierten, ohne Kampf gestürzt werden konnten. Gerüchte, daß nach den Wahlen die Nationalsozialisten im Reich und in einigen Ländern eine Koalition mit dem Zentrum eingehen wollten, hätten ihn sehr erschreckt. Wenn es soweit kommen sollte, dann wäre die Nationalsozialistische Partei erledigt. Künftig müsse ohne Zentrum regiert werden.

Der Redner fand stürmischen Beifall. Vor Dr. Hugenberg hatte Abg. Dr. W. D. gesprochen, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß nach den Wahlen Hugenberg mitwirkend in der deutschen Politik mitwirken könne.

11. Deutsches Sängerbundesfest

Volksteutsche Weifestunde in der Festhalle

Frankfurt a. M., 24. Juli. Im Rahmen des 11. Deutschen Sängerbundesfestes fand am Freitag in der dichtbesetzten Festhalle eine volksdeutsche Weifestunde statt, in deren Verlauf Reichsminister des Innern Freiherr von Gansl die Grüße des Reichspräsidenten überbrachte und erklärte, er sei Überbringer einer guten Botschaft, da er mitteilen könne, daß mit Rücksicht auf die hohe kulturelle Bedeutung des deutschen Lieds und den friedlichen und künstlerischen Charakter des 11. Deutschen Sängerbundes am Sonntag, den 24. Juli, die Notverordnung über das Rundgebungsverbot insoweit aufgehoben werde, als es sich um Umzüge künstlerischen und ähnlichen Charakters handle. Darnach bestehen keine Hindernisse für die Durchführung des Sängerbundesfestes am Sonntagmittag. Diese Mitteilung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Weiter sprachen für das Deutschtum in Uebersee Dr. Gottfried F. Seyfarth-Brooklyn, für die Deutschen in Europa und außerhalb des deutschen Sprachgebietes Eugen Baumann-Posen und für alle Deutschen in Mitteleuropa Reichsminister a. D. Dr. Oefler.

Die Besprechung im Staatsministerium

Stuttgart, 24. Juli.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in Stuttgart lagte, wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und inneren Politik in vertraulicher eingehender Aussprache, an der sich alle Minister und Ländervertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Justizsicherung Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Der Reichskanzler betonte, daß die notwendig gewordene Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt sind. Er erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden werden. Die Reichsregierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Ver-

tretung. Reichsregierung wie alle Länderregierungen wären sich einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungeschwächt aufrechterhalten werden müsse. Zu diesem Ziel ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannte Notwendigkeit.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Stuttgart berichtet, der Widerstand, den der Reichskanzler in Stuttgart gefunden habe, sei größer gewesen, als er erwartet hatte. Er habe eine Preisbesprechung beabsichtigt gehabt, es sei aber kaum Zeit geblieben, die erhöhten Gemüter auf einem kleinen Spaziergang in dem Garten der Villa Reichenstein (Staatsministerium) abzukühlen. Die süddeutschen Minister hätten u. a. auch gegen eine Zentralisierung des Rundfunkwesens Bedenken erhoben. Auch die Vorgänge und Ergebnisse von Lausanne seien in die Aussprache einbezogen worden. Der Reichskanzler habe u. a. erklärt, für die Einsetzung eines Reichskommissars biete die Tatsache keinen Anlaß, daß auch in andern Ländern, wie z. B. in Württemberg, Bayern und Hessen, gescheiterte Regierungen am Ruder seien.

Abreise des Reichskanzlers

Die Länderkonferenz war um 1/6 Uhr zu Ende. Nach ihrer Beendigung unternahm der Reichskanzler mit anderen Konferenzteilnehmern eine Fahrt in die schöne Umgebung der Stadt zum Schloß Solitude und kehrte von dort ins Reichsbahnhof zurück. Als er gegen 1/8 Uhr in Begleitung des Reichsinnenministers Freiherr v. Gansl, des Ministerialrats Pukaß und des Barons v. Persner das Hotel verließ, erlitten in der Bahnhofsvorhalle, wo sich eine große Menge angesammelt hatte, lebhaftes Hoch- und Heilrufe. Auf dem Bahnsteig selbst durften sich, da vormittags bei der Ankunft des Reichskanzlers ein zu großes Gedränge entstanden war, nur Reisende aufhalten. Der Zutritt mit Bahnsteigkarten war nicht gestattet. Zur Verabschiedung vom Reichskanzler hatten sich eingefunden die Vertreter des schon vorher wieder zum Wahlkampf abgereisten Staatspräsidenten, der würt. Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Böckler, Ministerialrat Cloß und Oberregierungsrat Bögele, ferner der Präsident der Reichsbahndirektion Dr. Sigel und Polizeipräsident Dr. Klaiber. Der Reichskanzler, der sich von den Anwesenden freundlichst verabschiedete und in dessen Gesichtszügen sich Befriedigung über das Ergebnis der Konferenz widerzuspiegeln schien, blieb in Unterhaltung an der Türe des Eisenbahnwagens stehen, bis sich der Zug, den schon vorher auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß bestiegen hatte, in Bewegung setzte. Abermals ertönten Hoch- und Heilrufe, als der Zug den Bahnhof verließ.

Sabotage eines Hugenberg-Vortrags

Berlin, 24. Juli. Die für Samstagabend vorgelebene deutschnationale Kundgebung im Grunewaldstadion wurde dadurch gestört, daß plötzlich die Lautsprecheranlage und die Beleuchtung ausfielen. Dr. Hugenberg konnte seinen Vortrag nicht halten und die Tausende, die versammelt waren, verließen in großer Erregung über den Sabotage politische Gegner das Stadion. Während des Abmarsches blühte wie zum Hohn das Licht mehrere Male auf.

Württemberg

Der Reichskanzler in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juli. Die württembergische Landeshauptstadt steht heute im Mittelpunkt der Reichspolitik. Die Fähigkeit des Schwaben, auch in bewegtester Zeit Ruhe und Besonnenheit in hohem Maß zu wahren, mag Stuttgart als besonders geeignet erscheinen lassen zum Ort der Besprechungen, die heute vormittag 10.30 Uhr in der auf halber Höhe des die Stadt umfassenden Bergkranzes in schönem Park prächtig gelegenen ehemaligen Villa Reichenstein, dem jetzigen Sitz des Staatsministeriums, zwischen Reichskanzler von Papen und den übrigen Ministerpräsidenten der Länder stattfinden. Obwohl die Zeit der Ankunft des Reichskanzlers in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden war, hatte sich doch im Bahnhof selbst eine größere Anzahl von Menschen eingefunden, um den Reichskanzler, der als solcher zum ersten Mal in Stuttgart weilt, zu begrüßen. Am Bahnsteig selbst hatten sich zum Empfang des Reichskanzlers Staatspräsident Dr. Böckler mit Ministerialrat Cloß und Oberregierungsrat Bögele, ferner der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart, Dr. Pfeiffer, Polizeipräsident Klaiber und einige andere Beamte eingefunden. Auch Reichsinnenminister Freiherr v. Gansl, der gestern abend schon von Frankfurt a. M. hier eingetroffen war, war am dem Bahnsteig anwesend.

wenig glückliches bezeichnet, besonders seit der Zeit, da die Mutter der Frau Hasenauer gestorben war. Die beiden anderen Töchter der Familie Hochstätten, Else und Helene, waren bis zum Tode der Mutter in Hadersdorf erzogen worden, dann aber von einer unverheirateten Schwester der Frau Hochstätten, die ein kleines Gut in der Nähe von Wien besaß, aufgenommen worden.

Die Bank Woltmann, deren Inhaber kurz nach Kriegsbeginn gestorben war, wurde durch den ersten Procuristen des Hauses nach denselben Grundätzen wie vor dem Krieg weitergeleitet. Infolge der Verarmung der langjährigen Klientengruppe der Bank waren naturgemäß auch ihre Geschäfte stark eingeschränkt worden, was wieder zu einer Personalverminderung geführt hatte. Wenn auch der glänzende Ruf der Bank erhalten geblieben war, so war doch ihre Bedeutung am Wiener Platz gesunken.

In der gleichen Linie liefen die weiteren Berichte, die Bernoff erhalten hatte.

Ganz ausnahmsweise einmal war es Bernoff, der eines Abends einen Bericht schrieb. Es war ein langer Bericht und sichtlich keine leichte Arbeit. Nicht nur, weil Bernoff nicht gewöhnt war, selbst auf der Schreibmaschine zu schreiben, sondern weil er häufig Gedankenpausen eintreten ließ, als ob er in der Wahl der Worte schwankte. Endlich war der Bericht fertig. Bei der Unterschrift zögerte er einen Augenblick. Dann nahm er die Feder und malte vorsichtig den Namen „Franz Wachtel“ darunter. Er faltete den Brief und steckte ihn in einen Umschlag, auf den er folgende Anschrift schrieb: Herr Regierungsrat August Freiherr von Haltern, Graz, Herrengasse 97.

Fortsetzung folgt.

Pünktlich um 9.32 Uhr fuhr der Berliner Schnellzug in den Bahnhof ein. Als der Reichszug, in dessen Begleitung sich Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer, der persönliche Referent des Reichszugers, Ministerialrat Putsch, der würt. Gesandte, Staatsrat Dr. Bosler, und Baron v. Bersner befanden, dem Zug entstieg, begrüßte ihn Staatspräsident Dr. Volz mit freudlichem Händedruck. Gleichzeitig ertönten aus nächster Nähe, wo sich zahlreiches Publikum angesammelt hatte, für mich hohe und Heilrufe, die sich, als der Reichszug in Begleitung des Staatspräsidenten in das Reichsbahnhof begab, mehrfach wiederholten. Kurz vor 10 Uhr begab sich der Reichszug mit Staatspräsident Dr. Volz und den übrigen Herren in das Staatsministerium. Auch bei dieser Gelegenheit ertönten auf der Straße vor dem Reichsbahnhof, wo sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, für mich hohe und Heilrufe. Die Ministerpräsidenten der Länder, die zum Teil schon gestern hier eingetroffen waren, begaben sich unmittelbar in das Staatsministerium, das abseits vom Verkehr gelegen mit seinen schönen Räumen, seinem großen Park und dem Blick auf die zeitweilig im Glanz der Sonne liegende Stadt den Konferenzteilnehmern einen angenehmen Aufenthalt bietet.

Feriensonderzüge

Nach Mitteilungen der Reichsbahndirektion Stuttgart können von den für 27. und 28. Juli d. J. in Aussicht genommenen Feriensonderzügen wegen ungenügender Beteiligung nicht ausgeführt werden: am 27. 7. Zug Stuttgart—Berlin (Stuttgart Hbf. ab 16.40), am 28. 7. Zug Stuttgart—Dortmund (Stuttgart Hbf. ab 11.50) und Zug Stuttgart—München (Stuttgart Hbf. ab 8.20). Dagegen verkehren bestimmt: am 27. 7. Zug Stuttgart—Hamburg—Bremen (Stuttgart Hbf. ab 16.05) und am 28. 7. Zug Stuttgart—Stralsund (Stuttgart Hbf. ab 16.20). Mit dem Zug Stuttgart—Stralsund, der über Nürnberg—Hof—Leipzig verkehrt und der in Bitterfeld einen unmittelbaren Anschluss an einen Personenzug nach Berlin hat (Berlin Anhalter Bahnhof an 7.00) können die für den am 27. 7. ausfallenden Stuttgart—Berliner Feriensonderzug ausgegebenen Fahrkarten ohne weiteres benutzt werden. Im übrigen können die zu den anfallenden Zügen gelösten Fahrausweise am gleichen oder nächstfolgenden Tage in fahrplanmäßigen Zügen — in Eil- und Schnellzügen gegen tarifmäßigen Zuschlag — benutzt werden, wobei die Fahrt auf der Hinfahrt nicht unterbrochen werden darf. Bei Nichtausführung der Reise zahlen die Fahrkartenstellen den Fahrpreis für die gelösten Feriensonderzugfahrkarten ohne Abzug zurück.

Stuttgart, 24. Juli.

Verunglückung. Auf die durch den Tod der Frau Professor Dr. Andronikow-Wrangell erledigte Professur für Pflanzenzüchtung an der Landwirtschaftl. Hochschule Hohenheim ist Privatdozent Dr. Matwald an der Universität Breslau berufen worden.

Turnfest-Werbefilm. Nachdem in den letzten Monaten die Deutsche Turnerschaft einen Werbefilm für das 15. Deutsche Turnfest mit dem Titel „Turner heraus!“ hergestellt hat, der in allererster Linie im Ausland für den Besuch des Turnfestes werben will, soll in den nächsten Wochen für die Inlandswerbung ein besonders auf die Stuttgarter Vorbereitungen eingestellter Werbefilm hergestellt werden. Der Film soll einen Einblick geben in die umfangreichen Vorbereitungen, die in der Feststadt für das kommende 15. Deutsche Turnfest zu leisten sind. Er will das Leben und Treiben in den Stuttgarter Vereinen schildern, und der Film will auch eine Verbindung mit den Schönheiten der Feststadt und den Sehenswürdigkeiten des Schwabenlandes herstellen. Der Film soll bis spätestens Ende September fertig sein und soll u. a. auf einer vom Hauptfestauschuss für das 15. Deutsche Turnfest durchzuführenden Werbereise in ganz Deutschland gezeigt werden.

Hagelraketen sind wertlos

Amlich wird mitgeteilt: Auf Veranlassung des würt. Wirtschaftsministeriums hat der Vorstand der meteorologisch geophysikalischen Abteilung des Staatlichen Landesamts im April d. J. mit den von den Deutschen Porzellanfabriken gelieferten Raketen in Böblingen Schießversuche angestellt und ein eingehendes Gutachten über die Versuchsergebnisse und die ganze Frage erstattet. Als Ergebnis hat er folgendes festgestellt: „Die heutigen Hagelraketen mit einer Steighöhe von etwa 800 Meter und einer Sprengladung von noch nicht 100 Gramm haben aus physikalischen Gründen nicht die geringste Wahrscheinlichkeit sich, einen wirksamen Hagelschuss zu geben. Bei den zahllosen Abzügen solcher Raketen hat sich kein einziges Mal eine einwandfreie Wirkung beobachten lassen, dagegen ging häufig genug der Hagelschuss ungestört weiter. Jeder Pfennig, der auf das Hagelschießen in heutiger Form ausgegeben wird, ist also weggeworfenes Geld.“

Auf Grund dieses Gutachtens hat das Wirtschaftsministerium in Übereinstimmung mit der Landwirtschaftskammer von weiteren Versuchen Abstand genommen.

Aus dem Lande

Wieslochheim, 24. Juli. Minister Maier zu den Vorgängen in Preußen. In einer Bahöverammlung der demokratischen Partei führte Wirtschaftsminister Dr. Maier aus: Wenn in Deutschland eine Partei allein den Staat beherrschen wolle, so brauche sie drei Reichspräsidenten, die Mehrheit des Reichstags und die Mehrheit der Länder. Selbst wenn die Nationalsozialisten 51 Prozent aller Stimmen erhielten, wäre für sie noch nicht viel gewonnen, deshalb hätten sie den Weg des Ausnahmezustands und der Einsetzung von Reichskommissaren in den missliebigen Ländern gewählt. Dieses Vorgehen des Reichs in Preußen habe aber nur die „Mainlinie“ wieder aufgerissen und vertieft.

Rudersberg, 24. Juli. 50-jähriges Doktor-Jubiläum. Am 21. Juli waren 50 Jahre verfloßen, daß Sanitätsrat Dr. Hockert hier von der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald die Doktorwürde verliehen erhielt. Diese Fakultät hat am 21. Juli 1932 das Doktor-Diplom erneuert mit herzlichem Glückwunsch.

Nekarfulm, 24. Juli. Die Arbeiten am Nekarfanal gehen weiter. Die Vorarbeiten für die Staustufe Guttenbach sind nun so weit beendet, daß im Spätsommer mit den Arbeiten begonnen werden kann. Bagger werden hier nicht verwendet, die ziemlich umfangreichen Erdarbeiten verrichten Erdarbeiter, damit recht viele Erwerbslose Beschäftigung finden.

Gmünd, 24. Juli. Felsabsturz. Durch die vorhergehenden Unwetter der letzten Wochen, die in den Wäldern erheblichen Schaden anrichteten, ist auch in der Jägerwiesenschlucht bei Gmünd die östliche Felswand der Schlucht zum Absturz gebracht worden. Riesige Felsstücke liegen nun in der Schlucht.

Reutlingen, 24. Juli. Vom Naturtheater. Der Besuch der diesjährigen Faustvorstellungen im Reutlinger Naturtheater aus Stadt und Land ist trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse andauernd ein so guter gewesen, daß bereits die 7. Vorstellung gegeben werden kann.

Münzingen, 24. Juli. Winkeladvokat. Dem Otto Federle, Kaminspinner in Hayingen, ist durch rechtskräftigen Bescheid des Bezirksrats des Oberamtsbezirks Münzingen die gewerbmäßige Beforgung fremder Rechtsangelegenheiten gemäß § 35 Abs. 3 Gewerbeordnung untersagt worden.

Dinstmettingen, 24. Juli. Höhlenforschung. In der bekannten Vintzenboldshöhle will ein hiesiger Bürger Sprengungen vornehmen, da er eine Fortsetzung der Höhle vermutet. Der Gemeinderat gab hierzu die Genehmigung unter Ablehnung jeder Verantwortung.

Reinmühl, 24. Juli. Der Tod auf dem Pirschgang. Der in weiteren Kreisen bekannte Landwirt und Gemeinderat Stefan Bärn von Rebin, ein bekannter Jägermann, befand sich am Freitag auf einem Pirschgang. Er hatte eben einen kapitalen Bock weidgerecht zur Strecke gebracht und dies durch frohen Ruf seinem Begleiter kundgetan, als er tot zu Boden sank. Ein Herzschlag hatte dem zwar leidenden, aber erst 38 Jahre alten Mann ein jähes Ende bereitet.

Laimnau, 24. Juli. Unregelmäßigkeiten bei der Kirchenpflege. In der Kassen- und Rechnungsführung der Kirchenpflege Laimnau, 24. Juli, wurden bedeutende Unregelmäßigkeiten festgestellt. Man ist ihnen dadurch auf die Spur gekommen, daß Steuer-schulden, die längst bezahlt waren und worüber die Steuerpflichtigen Lüttungen in Händen hatten, von übergeordneter Stelle nochmals angemahnt wurden. Desgleichen auch bei Verkäufen aus dem Stiftungswald. So konnten die Unregelmäßigkeiten als solche ohne weiteres nachgewiesen werden; nur ihre Gesamthöhe war noch zu ermitteln. Die Bücher wurden zu diesem Zweck nach Raitenburg zur Revision eingeschickt, und dort wurde ein Betrag von rund 3200 Mark Abmangel festgestellt. Eine zweite örtliche Revision stellte indes einen Abmangel von rund 4200 Mark fest. Der Rechner Josef Weiß wurde seines Dienstes entbunden. Der fehlende Betrag soll bereits ersetzt worden sein.

Friedrichshafen, 24. Juli. Lebensrettung. Ein hier als Kurgast weilender Herr aus Goslar, der nach seinen Aussagen sonst ein guter Schwimmer ist, war nach dem etwa 250 Meter seewärts befindlichen Turm gekommen. Auf dem Rückweg verließen ihn wohl durch das Gewell die Kräfte, wobur er unterging. Einige jüngere Burtschen vernahmen aus der Nähe seine Hilferufe und eilten an die Unfallstelle, kehrten aber alsbald zurück, nachdem sie sich selbst gefährdet hielten. Ein hiesiger Herr und ein Schweizer Fräulein schwammen daraufhin dem Ertrinkenden entgegen. Es gelang ihnen unter eigener Gefahr, den Herrn so lange über Wasser zu halten, bis das Rettungsboot zu Hilfe kam. Der Gerettete erholte sich am Ufer ziemlich rasch.

Vom bayerischen Allgäu, 24. Juli. Erschließung Starzlachklamm. Die umfangreichen Sprengarbeiten zur Erschließung der Starzlachklamm bei Sonthofen werden dieser Tage beendet werden. Die unüberwindlichen Wandschichten werden durch eiserne Stiege umgangen. Der zweite Teil der Klamm ist mit seinen eigenartigen Bildungen besonders interessant. Die Klamm erweitert sich zum mächtigen, mit Steinen besäten Kessel, in den die Starzlach aus einem Felspalt sich ergießt. Dann kommt man in ein enges mit Wald umstandenes Tal mit einem entzückenden Ausblick auf den Gräntengipfel und das Jägerdenkmal.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Großfeuer in Bretten. In Bretten (Baden) sind in der Nacht zum Samstag vier Anwesen niedergebrannt. Die Bewohner konnten fast nichts von ihrer Habe retten. Der Schaden wird auf über 200 000 Mark geschätzt und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Veranstaltungs- und Aufzugsverbot in Tirol. Die Tiroler Landesregierung hat im Interesse des Fremdenverkehrs für die Dauer des Sommerreiseverkehrs alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und des öffentlichen Wohls untersagt.

Bischof bei Brand ums Leben gekommen. Der bischöfliche Palast in Valdivia (Chile) wurde von einem Großfeuer heimgesucht; ein großer Teil des Palastes brannte nieder. Der Titularbischof von Proconessus, August Linke (ein geborener Oesterreicher), kam in den Flammen um.

Altes Lied in neuer Fassung. In Wittenberge (Prov. Brandenburg) hat ein Poet voll grimmen Galgenhumors das alte Lied von den drei Fürsten, die über den Rhein zogen, in eine zeitgemäße Form gebracht. Sie lautet:

Es zogen drei Herren die Straße entlang,
Sie gingen hinein in ein Restaurant.
Frau Wirtin, hat sie gut Bier und Wein,
Und warum sitzt sie so ganz allein?
Mein Wein und Bier sind hell und klar,
Die Gasse aber sind sehr rar.
Der erste bestellt der Gläser drei —
Das war der Vertreter der Brauerei,
Der zweite aß sich noch einmal satt —
Weil er die Möbel geliefert hat.
Der dritte versiegelt das Inventar —
Weil das der Gerichtsvollzieher war...

Das Land der 1200 Seen. Finnland wird bekanntlich das Land der tausend Seen genannt. Dagegen ist ihm aber in dieser Beziehung über. Nach der Feststellung des Fischereis-Instituts der Universität Königsberg besitzt Dänemark 1202 Seen, die unbedeutenden Tümpel nicht gerechnet. Freilich hat auch Finnland in Wirklichkeit erheblich mehr als 1000 Seen.

Wolkenbruch über Niederbayern. In der Gegend von Neukirchen ging in der Nacht zum Freitag ein Wolkenbruch nieder, wie er in einem ähnlichen Ausmaß seit 40 Jahren nicht mehr beobachtet wurde. Länger als eine Stunde hielt das Unwetter an. Die Häuser am unteren Markt standen in kurzer Zeit meterhoch unter Wasser.

Bei Ählern wurden Äcker weggerissen, Wiesen verschlammte und die Kartoffeln fortgeschwemmt.

Schuss auf einen D-Zug. Auf den D-Zug Hannover 39 Hannover—Berlin wurde am Donnerstag mittag auf der Station Königslutter (Braunschweig) von einem unbekanntem Täter ein Schuss abgegeben. Das Geschoss zertrümmerte ein Fenster des Speisewagens. Reisende wurden nicht verletzt.

Urteil im Rookerprozess. Nach mehrtägiger Verhandlung verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Rechtsanwalt Dr. Max Rooker wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther und Vergehen gegen das Schusswaffengesetz zu zehn Monaten Gefängnis, den Nationalökonom Werner Kertischer zu 9 Monaten 2 Wochen Gefängnis. Auf die Strafe werden 3 Monate und 9 Tage der Untersuchungshaft angerechnet.

Zwei Schülerinnen in der Ostsee ertrunken. Bei Bad Cranz (Ostpr.) gerieten vier Schülerinnen einer Königsberger Haushaltsschule beim Baden an der Samlandküste in den See der Brandung und wurden in die See hinausgetrieben. Nur zwei Schülerinnen konnten gerettet werden.

300 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Washington sind 300 Vergnügungsreisende an Fleischvergiftung erkrankt. Mehrere Erkrankte wurden bewußtlos ins Krankenhaus eingeliefert.

Aus der Haft entlassen. Die am 15. Juli vom Schöffengericht Pirmasens wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu je 2 Jahren Zuchthaus verurteilten Sicherheitskommissar Eide-Ludwigshafen und Kraftwagenführer Berni sind auf Grund ärztlicher Zeugnisse auf 6 Wochen aus der Haft beurlaubt worden. Eide hat eine Sicherheit von 3000 Mark zu stellen. Die Haftbefehle bleiben in Kraft.

Die Cholera in China. Nach russischer Meldung sind in chinesischen Häfen wieder 500 Menschen an Cholera gestorben.

Schober schwer krank. Wie aus Baden bei Wien gemeldet wird, ist in dem Befinden des früheren österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schober, der sich dort in einer Heilanstalt wegen seines Herzleidens zur Kur aufhält, eine nicht unbedenkliche Verschärfung seines Befindens eingetreten.

Bergknappendental in Alsdorf. Nach in dieser Woche wird in Alsdorf bei Aachen mit der Errichtung des Gruben-denkmals für die verunglückten Bergknappen begonnen. Man hofft, das Denkmal bis spätestens zum 21. Oktober, dem Jahrestag des Unglücks, fertigzustellen.

Absturz am Finsteraarhorn. Eine Gruppe deutscher Bergsteiger unternahm am Donnerstag von der Finsteraarhornhütte aus eine Besteigung des Finsteraarhorns im Berner Oberland. Dabei stürzte Amisgerichtsrat Birtheiswein aus Mannheim in einen tiefen Firnschlund, aus dem ihn weder seine Begleiter noch der zu Hilfe gerufene Hüttenwart befreien konnten. Eine Bergungskolonie ist von Jungfraujoch abgegangen, die die Leiche bergen konnte; sie wurde am Freitag abend zu Tal gebracht. Der Verunglückte wollte schon letztes Jahr das Finsteraarhorn mit den Bergsteigern Kahlig und Hentschel besteigen, war aber daran verhindert, während die beiden Genannten zu Tode gestürzt sind.

Raubüberfall. Ein Kraftwagen wurde am Freitag nachmittag auf der Landstraße in der Nähe von Birna (Sachsen) von zwei Männern angehalten. Sie bedrohten den Insassen mit Revolvern und rissen ihm die Kleider vom Leib. Sie raubten eine Koffette mit über 2500 Mark und entflohen.

Flugzeugabsturz. In Nordfrankreich stürzte ein Privatflugzeug ab. Die beiden Insassen verbrannten.

Schlieben f. In Halle a. S. ist der frühere Reichsfinanzminister v. Schlieben nach einer Operation gestorben. v. Schlieben, der zuletzt Vorsitzender der wirtschaftlichen Vereinigung der mitteldeutschen Zuckerindustrie war, hat seinerzeit die deutsche Reichsfinanzverwaltung muster-gültig geleitet. Am 19. Januar 1925 wurde er Reichsfinanzminister im Kabinett Luther. In seine Ministerzeit fällt die Durchführung der grundlegenden Steuerreform, die erstmalig eine ordnungsgemäße Veranlagung wieder einführt, sowie die Verabschiedung der Zollvorlage u. a. Am 25. Oktober 1925 schied er infolge des Locarnovertrags aus der Regierung aus.

Sägewerk abgebrannt. Das Sägewerk Gunceden bei Bamberg wurde am Donnerstag abend durch Großfeuer eingeeäschert. Zwei Wohnhäuser, auf die das Feuer bereits übergesprungen war, konnten nach anderthalbstündiger schwerer Tätigkeit gerettet werden. Zahlreiche Maschinen wurden vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf rund 250 000 Mark. Die Entstehungsursache des Brands ist noch nicht geklärt.

Schweres Verkehrsunfall in München. — 4 Tote. Am Freitag nachmittag rief im Westen der Stadt München an einer abschüssigen Stelle von einem mit Ries beladenen Lastkraftwagen einer Münchener Baufirma der Anhängerkabine ab und fuhr nach rückwärts die abfallende Straße hinab. Ein Mann, der auf einem Fahrrad ein Kind mit sich führte, wurde erfasst und ebenso wie das Kind auf der Stelle getötet. Dann geriet das Gefährt auf den Bürgersteig und überrannte mehrere Passanten. Eine Frau und ein Mann erlitten tödliche Verletzungen. Ein weiterer Passant wurde schwer verletzt.

Jakobus der Ältere. Am 25. Juli ist der Tag des Apostels Jakobus des Älteren. Er war Sohn des Zebaidäus und der Salome und der ältere Bruder des Apostels Johannes. Unter Herodes Agrippa enthauptet, ist er neben Stephanus einer der ersten Märtyrer der Kirche. Er ist nicht zu verwechseln mit Jakobus dem Jüngeren, Verfasser des Jakobus-Briefs. Dieser feiert seinen Tag am 1. Mai. — Beim schwäbischen Landvolk ist Sankt Jakobus der Ältere Schutzpatron der Äpfel. Ihm zu Ehren werden die ersten, schon Ende Juli reisenden Äpfel Jakobäpfel genannt. — Um seinen Tag reihen sich viele Bauernregeln: „Steht Jakob im Kalender, sucht man die Sichel her und die Bänder. — Jakobitag soll schön sein; Jakobiregen ist unerwünscht. — Ist's schön am Jakobitag, viel Frucht man sich versprechen mag.“ — „Jakobiregen kommt der Frucht und dem Most ungelegen.“ — Jakobisonnenschein mehrt Most und Wein; Jakobinacht leert alle Faß.“ — Auch als Krauttag ist Jakobus in hohem Ansehen. „Vor Jakobus ein Kräutlein, nach Jakobus ein Kraut.“ — „Ist's an Jakobus hell und warm, friert man im Winter, daß Gott erbarm.“ — „Wenn Jakobus klar und rein, wird das Christfest frohlich sein.“

Lokales.

Wildbad, den 25. Juli 1932.

Strandbad Grohmann. Wasserwärme heute früh 9 Uhr 18 Grad Celsius.

Landestheater Wildbad. Heute Montag abend zum 2. Male der große Lachschlager „Der Fußballkönig“, Schwank in 3 Akten von Reimann und Schwarz, unter Mitwirkung des Fußballvereins Wildbad. — Dienstag abend findet keine Vorstellung statt.

Zum Ferienanfang. Nun ist die langersehnte Ferienzeit gekommen, zu der wir den lieben Schulkindern vor allen Dingen schönes Wetter wünschen möchten. Dann können sie in unsern schönen Wald hinausziehen, oder sich beim Baden und beim Sport vergnügen. Manche erwarten vielleicht die Freude, auf eine Ferienreise mit den Eltern. Wahrscheinlich gibt es unter den Kindern viele, die von Verwandten auf dem Lande oder in einer anderen Stadt eingeladen sind. Oft geben die Eltern nicht gern die Erlaubnis zu solch einer Einladung, weil sie in Sorge sind, ihr Kind allein reisen zu lassen. Deshalb sei an dieser Stelle an die legende Einrichtung der Bahnhofsmission erinnert. Ihre Hilfe kann bei rechtzeitiger Anmeldung fast an jedem Ort in Anspruch genommen werden. Da wird z. B. bereitwillig und unentgeltlich gesorgt, daß ein angemeldetes Kind an der Station, wo es längeren Aufenthalt hat, erwartet und beaufsichtigt wird bis zur Weiterfahrt. Aber es wird an der Station, wo es umsteigen muß erwartet, in den richtigen Zug zur Weiterfahrt gebracht und der Obhut des Schaffners empfohlen. Oder das Kind wird am Reiseziel in Empfang genommen und in die von ihm angegebene Wohnung begleitet. Sollte die Reise sehr weit gehen, so kann das Kind auf dem Stützpunkt oder einem anderen Großstadtbahnhof von der Missionarin abgeholt und zum Uebernachten ins Bahnhofsheim gebracht werden. Wer eine der angegebenen Hilfen in Anspruch nehmen möchte, wird gebeten, sich rechtzeitig an Frau Dr. Klemm, Haus Zepelin zu wenden, die gern alle Angelegenheiten der Bahnhofsmission vermittelt.

Gegen den nächtlichen Motorrädlärm. Wohl zum ersten Male dürfte es der Fall sein, daß eine Stadt den Motorrädlärm während der Nacht in ihren Straßen verbietet. Auf Antrag der Stadt Reichenhall, bekanntlich das viel besuchte Bad, hat die Regierung von Oberbayern mit Zustimmung des Ministeriums des Innern ein Fahrverbot für Motorräder während der Nachtstunden innerhalb der Stadt Reichenhall erlassen. Der Durchgangsverkehr wird während der Sperrstunden umgeleitet. Das Verbot erfolgte auf Beschwerde der Kurgäste, die in dem regen Motorradverkehr während der Nacht eine starke Belästigung erlitten. Reichenhall liegt an den vielbenutzten Hauptstraßen Salzburg—Innsbruck und Traunstein—Berchtesgaden, die mitten durch die Stadt führen. Die Belästigung der Kurgäste drohte den ganzen Kurbetrieb zu schädigen und daher beantragte die Stadt das Verbot, dem nun stattgegeben wurde. Der Autoverkehr ist weiter erlaubt, da man eine entsprechende Umleitungsstraße nicht hatte. — Auch in Freudenstadt berät man in diesen Tagen an maßgebenden Stellen Maßnahmen gegen den nächtlichen Motorrädlärm um ihn noch für diese Saison in Kraft treten zu lassen.

Marvelli kommt! Das von seinem vorjährigen Auftreten her bekannte Phänomen „Marvelli“ gibt heute Abend in Kurpaal einen Experimentaband. Der mystische Experimentator ist Beherrscher der größten indischen Wunder, dem es gelang, den undurchdringlichen Schleier, des Geheimnisses, in den die sensationellen Vorführungen der indischen Fakire gehüllt sind, zu lüften und im unterhaltlichen Plauderton zeigt der in der Vielseitigkeit seiner Experimente unerreichte Künstler rätselhafte Karten-Manipulationen, humoristische Täuschungskünste, spiritistische Experimente bis zur höchsten Vollendung. Marvelli beweist schlagend, daß er ein Künstler erster Garnitur ist. Sein Gast-

spiel ist einzigartig und auf Grund der Zusammensetzung und Qualität seiner Darbietungen weltberühmt. Man muß ihn gesehen haben um urteilen zu können.

Wahlversammlung der Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei (Württemberg. Bürgerpartei).

In der mit den alten Reichsfarben, mit den württbg. Landesfarben und den Stadtfarben festlich geschmückten Turnhalle sprachen gestern abend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft — die Turnhalle war nahezu voll — der württbg. Finanzminister, Herr Dr. Dehlinger, und Frau Klara Klog, Buch, über die Ziele der Partei und die am kommenden Sonntag stattfindende Reichstagswahl. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Apotheker Stephan, begrüßte beide Redner herzlich, indem er bemerkte, daß Herr Dr. Dehlinger ein weit über die Grenzen unseres engeren Vaterlandes rühmlichst bekannter und geschätzter Finanzminister sei. Auch Frau Klara Klog sei hier bestens bekannt und vor allem durch ihre unermüdeten Bestrebungen um die Wahrung unserer deutschen kulturellen Güter weithin geschätzt.

Finanzminister Dr. Dehlinger sprach in einfacher, aber außerordentlich klarer und tiefgründiger Weise in besonderer über die Deutschnationalen Ziele in der Innenpolitik und führte überzeugend auf, wie der unselbige Bloß der roten und schwarzen Front mit seiner verfehlten Wirtschaftspolitik — der Kollektivwirtschaft — uns ins heutige Arbeitslosenland geführt habe; denn Sozialismus bedeute Arbeitslosigkeit. Darum müsse man wieder zurück zur Privatwirtschaft. Sie verbürge auch einen gesunden Mittelstand. Wirtschaftsfreiheit und Eigentum seien nicht nur materielle, sondern auch kulturelle Güter. Mit einem Appell, an der Wahl den bewährten und großen Deutschnationalen Führer Hugenberg zu folgen, schloß der Redner seinen überzeugenden Vortrag.

Ihm folgte die sympathisch temperamentvolle Rednerin, Frau Klara Klog, in ihrem Vortrag über den „Kampf um die deutsche Seele.“ Sie verstand es meisterhaft, mit ihren von tiefem Gefühl und scharfem Verstande zeugenden Ausführungen die Herzen der Zuhörer zu erobern. Sie zeigte sich in gebieterischer Form im Weiteren auch mit den Zielen der Nationalsozialisten auseinander, deren jugendliches Feuer sie anerkenne und schätze, sie aber dringend vor einer verkehrten Anwendung ihrer sozialen Ziele und vor einer Verbindung mit dem Zentrum warne, die mit einer Verschlagung der Nationalsozialistischen Partei gleichbedeutend wäre. Am Schluß erteilte auch ihr Vortrag reichen Beifall.

Nachdem der Vorsitzende den beiden Rednern den Dank der Versammlung und der Ortsgruppe zum Ausdruck gebracht hatte, sprachen noch in der Debatte die in anständiger Weise vor sich ging Herr Oberlehrer Kern als Nationalsozialist, der vor allem betonte, daß die Gefahr eines Zusammengehens der Nationalsozialisten mit dem Zentrum niemals in Frage komme. Auch er empfahl, daß am Sonntag der Deutsche nur national wählen könne. Herr Bückler bat in seinen Ausführungen zur Kolonienfrage die Partei, sich mit Nachdruck für den Wiedergewinn der Kolonien und für die Rechte der ehemaligen Kolonisten einzusetzen. Nachdem Frau Klog noch in ihrer Entgegnung die Ausführungen des Debatteredners Herrn Oberlehrer Kern, feinsinnig widerlegt hatte, soweit sie nicht mit ihnen einig ging, schloß der Vorsitzende, Herr Stephan, den anregend verlaufenen Abend kurz vor 11 Uhr mit dem nochmaligen Appell an die Zuhörer, am Sonntag als Deutsche ihre Pflicht zu tun und Deutschnational — Liste 5 — zu wählen. P.

Das Wetter

Da der Einfluß des westlichen Hochdrucks abgenommen hat und über Mitteleuropa kleinere Depressionsgebiete sich befinden, ist für Dienstag zwar zeitweilig aufsteigendes, aber etwas unbeständiges Wetter zu erwarten.

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Trotz der Verminderung der Anlieferungen blieb der Buttermarkt in vergangener Woche ruhig. Es macht sich sehr bemerkbar, daß die Kur- und Baderie, die um diese Zeit sonst immer einen hohen Butterverbrauch hatten, weniger stark besucht sind, auch scheinen manche Kurorte ihren Bedarf weniger mit erstklassiger Ware als mit Bauernbutter zu decken. Obgleich die Auslandsmärkte infolge härterer Aufnahme in England anziehende Preise aufwiesen, konnte sich dies auf dem Inlandsmarkt nicht auswirken, und die Kemptener Notierung konnte sich trotz verminderter Anlieferung noch nicht von ihrem Tiefstand von 98 bzw. 86 Mark erholen. Es ist aber anzunehmen, daß die günstige Lage am Weltmarkt doch auch den deutschen Markt beeinflussen wird.

Der Käsemarkt ist stetig geblieben. Die ersten heißen Tage voriger Woche haben zwar im Versand von Weichkäse manche Nachteile gebracht, die die Abnehmer vorsichtig machten und eine gewisse Absatzrückgang verursachten, die aber bei der eingetretenen Abkühlung wieder schwand. Auch blieben die Schmelzkäse gute Käufer. Die Preise blieben daher fest, in Kempten wurde 23 bis 25 Mark Erzeugerpreis ohne Verpackung notiert, der Allgäuer Großhandelspreis betrug 32—33 Mark. Bei Emmentaler war eine Zunahme der Vorräte im Allgäuer Erzeugungsgebiet zu beobachten, es traten daher vielfach Absatzschwierigkeiten ein, namentlich wo Qualitätsmängel festzustellen waren. Am besten waren mittlere Qualitäten verlangt. Von Finnland lagen billige Angebote vor. Die Kemptener Notierung blieb inbessenen unverändert 86—88, 70—75 und 62—66 Mark. Die weitere Entwicklung dürfte nicht ungünstig sein.

Der Eiermarkt war weiterhin von einer ruhigen Grundstimmung beeinflusst. Holländische und dänische Ware war viel angeboten, die russischen Anlieferungen waren dagegen schwächer. Die einheimische Erzeugung ging weiter zurück, was wiederum ausgleichend wirkte. Die Preise blieben im wesentlichen unverändert, mit Neigung nach oben. Stempelkater konnten jedoch sich verbessern und sie sind trotz der Konkurrenz des Frischobstes gut gefragt.

Das fühlere Wetter hat das Fleischgeschäft und damit die Nachfrage nach Schlachtoch etwas belebt. Die Märkte sind aber durch die Schlachtsteuer immer noch beunruhigt, und Preisbehauptungen oder gar Preisbesserungen waren nur ganz vereinzelt festzustellen, wo die Auftriebe geringer waren. Vor allem konnten sich die Rindermärkte nicht erholen. Infolge der Preisverluste in der Bormoche stehen die Zufuhren auf dem Kälbermarkt vielfach stark nach. Auf den süddeutschen Schweinemärkten, die sich noch am besten hielten, waren die Preise nur eben behauptet.

Auf dem Obstmarkt ist das Preisgeschäft nun nahezu beendet, die Preise mußten, da auch die Qualität meist nachläßt, nachgeben. Auch Äpfel werden wenig mehr verlangt, während Sauerkirschen guten Absatz finden. Beerenobst kommt reichlich zu Markt bei weichen Preisen, Himbeeren und Heidelbeeren konnten dagegen bei guter Nachfrage den Preis behaupten, bei letzteren ist die Nachfrage oft größer als das Angebot. Italienische Pfirsiche treten bei ziemlich hohen Preisen in Menge auf, sie sind aber vielfach nicht genügend ausgereift. Der Gemüsemarkt verfiel unbefriedigend. Die Anfuhrer nehmen zu, es ergaben sich aber überwiegend neue Preisrückgänge. Salat wird andauernd stark verlangt, ebenso Gurken und Tomaten, deren Preise aber bei dem großen ausländischen Angebot, besonders aus Holland, nicht zu halten waren. Bei dem gegenwärtigen Tiefstand der deutschen Kartoffelpreise kommt fast keine ausländische Ware mehr auf den deutschen Markt, es ist daher möglich, daß die Preise sich wieder etwas bessern.

Keine Zwangsanleihe

Gegenüber dem an der Berliner Börse ausgestreuten Gerücht, die Reichsregierung plane eine Zwangsanleihe, wird vom Reichsfinanzministerium erklärt, daß im Ministerium von solchen Absichten nicht das geringste bekannt sei.

Berliner Pfundkurs, 23. Juli. 14,95 G., 14,99 B.
Berliner Dollarkurs, 23. Juli. 4,209 G., 4,217 B.
Dt. Abl.-Anl. 42,87; Dt. Abl.-Anl. ohne Ausf. 5,35.
Reichsbankdiskont 5, Lombard 6 v. h.
Privatdiskont 4,5 v. h.
Württ. Silberpreis, 23. Juli. Grundpreis 40,90 RM. d. R.
Die Großhandelswechslung vom 20. Juli ist mit 95,8 gegenüber der Bormoche unverändert.

Weit über 150000

Bruchleidende Sprengband

tragen das seit mehr als 20 Jahren erprobte Sprengband gef. gesch.

kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich verbessertes Modell D. R. P. 542187 an. Mein Vertreter ist mit Mustern kostenlos zu sprechen am Mittwoch den 27. Juli in Neuenbürg im Hotel Bären von 9 bis 11 Uhr.

Der Erfinder und alleinige Hersteller: Hermann Spranz, Unterkochen (Württ.).
Dankschreiben! Ich trage jetzt zwei Jahre das von Ihnen hergestellte Bruchband und bin außerordentlich zufrieden damit. Selbst bei schwerster Arbeit bequem zu tragen und ich kann es meinen Leidensgenossen bestens empfehlen. Mein Leiden ist durch das Sprengband bereits verheilt und ist mir die vor zwei Jahren bevorstehende Operation erspart geblieben, wofür ich Ihnen gegenüber zu Dank verpflichtet bin.
Michael Strecker, Dörzmenz, Post Kirchberg an der Jagst.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Die unterzeichneten Vereinigungen laden ihre Mitglieder auf Dienstag, 26. Juli, abends 7 Uhr in das Vereinszimmer der Turnhalle zu einer

Bersammlung

ein, in der Reichstagskandidat Gen. Lohmann Pforzheim über die Reichstagswahlen sprechen wird.

Arbeiter-Sportverein Wildbad
Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund.
Garantiert reinen Blütenhonig habe in 10-Pfund-Postkollis zu 11.90 Mark abzugeben.

Hermann Rupp, Groß-Zinkerei, Bad Wörishofen.

4—6 gebrauchte, gut erhaltene Enzanlagensessel zu kaufen gesucht. Angebote unter „Enzanlagensessel“ an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Flugblätter Handzettel Plakate

für die kommende Reichstagswahl liefert in jeder Größe und Ausführung, rasch und billig Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Gute Arbeit ist die beste Reklame Lassen Sie deshalb chemisch reinigen oder färben Gut, schnell und billig in der Färberei Wüst Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstr.

ARTERIEN-VERKALKUNG

und vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie: Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvorgangs, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation 126 Uran-Einheiten

Wir stark dieses Leiden verbreitet ist, geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 23 Prozent aller Todesfälle diese Erkrankung für sich in Anspruch nehmen. Radium-Tropin ist von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden. Verbindet die weite Anwendung von Kalkmassen, löst die alten und sorgt für deren Ausschabung. Vermeidung des Bluthochs, Verhinderung von Schlaganfällen und die Erhaltung der Arbeitskraft. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtiger, rechtzeitig einzugreifen bzw. bei Zeiten vorzubeugen, wie gerade bei Arterienverkalkung.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 7.—

MARNO LE MOULT, G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 160 (A 227)

RHEUMATISMUS

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen! Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Eine Freudensbotschaft für alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen geboren, Husten und Stiefen, die an geschwollenen Gliedern und Gelenken, akuten Schmerzen und all den anderen Übeln leiden, welche die Harnsäure mit sich bringt. Unsere Doppelkur ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und hat noch nie versagt! Greifen Sie die Heilung nicht auf. Wir wissen sehr wohl, daß es für einen Leidenden sehr schwer ist, daran zu glauben, daß eine wirkliche Heilung möglich ist. Sie werden eifrig und niedergeschlagen, und kein Wunder auch bei den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben.

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund!

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verlaufe der vollen Kur nicht von Ihrem Leiden gänzlich befreit sind. Garantioschein für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei. Schonen Sie nicht die kleine Ausgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie! Unsere Doppelkur ist nicht schädlich und enthält keine Gifte, keine Iod- oder Jodverbindungen! Preis RM. 5.50 gegen Nachnahme, bei Vorauszahlung des Betrages erfolgt der Versand portofrei. Der Versand der Präparate erfolgt durch eine Apotheke. — Aretliche Gulachten liegen jeder Sendung bei. Die Präparate und die eingehenden Bestellungen unterstehen der ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

Landestheater

Direktion: Steng-Krauß
Fernsprecher 535
Anfang jeweils abends 8 Uhr

Montag den 25. Juli
Der Fußballkönig
Schwank

Dienstag den 26. Juli
Keine Vorstellung

Mittwoch den 27. Juli
Morgen gehts uns gut
Operettenrevue